



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 4. November 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-63-0076

Kontaminiertes Trinkwasser

- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom
04.11.2025 -

Am Freitag, den 31. Oktober 2025, wurde in Wiesbaden im Rahmen einer Routineprüfung eine Verunreinigung des Trinkwassers mit Enterokokken festgestellt. Rund 270.000 Menschen sind vom vorsorglichen Abkochgebot betroffen. Eine transparente Nachbearbeitung soll dazu beitragen, bestehende Strukturen zu optimieren, Vertrauen in die städtischen Einrichtungen weiter zu stärken und für zukünftige Szenarien aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Erkenntnisse zu möglichen Ursachen der Verunreinigung, zur Struktur des Versorgungsnetzes und zu bestehenden Prüf- und Kontrollmechanismen, einschließlich deren Regelmäßigkeit und Zuständigkeiten es derweil gibt.
2. in welcher zeitlichen Abfolge (also wann) welche Informationskanäle genutzt wurden, um die Wiesbadener Bevölkerung über die Verunreinigung des Trinkwassers und die empfohlenen Maßnahmen zu informieren und welche Ableitung von Handlungsempfehlungen, wie technische, organisatorische und kommunikative Abläufe im Bereich der Trinkwasserversorgung und Kriseninformation für zukünftige Ereignisse getroffen werden können.
3. welchen verschiedenen Warnstufen existieren und welche Kommunikationsmaßnahmen dazu jeweils ergriffen werden - von einer Pressemitteilung über die Nutzung von Warntafeln (Wall), den Warn-Apps bis hin zur Auslösung der Sirenen.
4. wie weitere Kommunikationskanäle in das Warnsystem der LHW integriert werden können - beispielsweise die Anzeigen in Bussen der ESWE oder die Digi-V-Warntafeln.
5. wie sich die Zusammenarbeit und Informationsflüsse zwischen den beteiligten Stellen - insbesondere ESWE Versorgung, WLW, Gesundheitsamt, Feuerwehr und Hessenwasser - sowie der Abstimmung mit weiteren relevanten Akteuren darstellt.
6. welche Auswirkungen auf Einrichtungen, wie bspw. Pflegeheime und Krankenhäuser sowie die Gastronomie gab es.

Beschluss Nr. 0070

1. Der Magistrat wird gebeten, die Fragen schriftlich zu beantworten und die Antwort dem Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit zukommen zu lassen.
2. Der Antrag soll am 11.11.2025 im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit aufgerufen werden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 20.11.2025

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2025

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister